# NomosPraxis

Bernd Spengler | Frank Hahn Gerhard Pfeiffer [Hrsg.]

# Betriebliche Einigungsstelle

Anträge | Verfahren | Musterbetriebsvereinbarungen

2. Auflage

**Dr. Frank Hahn**, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht, Stuttgart | **Christina Herbert**, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Arbeitsrecht, Kitzingen | **Gerhard Pfeiffer**, Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg, Stuttgart | **Dr. Wolfram Sitzenfrei**, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht, Stuttgart | **Bernd Spengler**, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht, Würzburg | **Dr. Christiane Tischer**, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Arbeitsrecht, Stuttgart





ISBN 978-3-8487-3841-0

# 2. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

# Vorwort der 1. Auflage

Das Betriebsverfassungsgesetz ist ein Kompromiss zwischen den Interessen der Arbeitgeber, frei über ihr Kapital und Eigentum zu verfügen, und der Teilhabe der Beschäftigten in personellen, sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten über ihre demokratisch gewählten Repräsentanten. Während die Mediation erst langsam Einzug in die Justiz hält, kennt das Betriebsverfassungsgesetz die betriebliche Schlichtung im Wege des Einigungsstellenverfahrens schon seit vielen Jahren.

Trotz seiner großen Bedeutung fehlt es an der detaillierten Normierung dieses Instruments der Konfliktlösung. Das vorliegende Handbuch "Betriebliche Einigungsstelle" will daher die sich in der Praxis und Rechtsprechung herausgebildeten "Spielregeln" dieses Verfahrens interessenneutral darstellen. Das Handbuch ist für Praktiker aus Anwaltschaft, Richterschaft, Gewerkschaften, Betriebsratsgremien, Personalabteilungen und Verbänden geschrieben. Gleichwohl fehlt es nicht an der gebotenen wissenschaftlichen Bearbeitung der im Einigungsstellenverfahren auftretenden Rechtsfragen. Neben formellen rechtlichen Aspekten war es den Herausgebern ein Anliegen, taktische Überlegungen und Wege zu einer "Win-Win"-Situation aufzuzeigen. Zahlreiche Formulierungsvorschläge von der Antragstellung über Muster von Betriebsvereinbarungen und Einigungsstellensprüchen bis hin zur gerichtlichen Kontrolle sind für den Praktiker von besonderem Nutzen.

Die Herausgeber freuen sich, dass es dem Nomos-Verlag gelungen ist, allesamt erfahrene Einigungsstellenbeteiligte aus dem Arbeitnehmer-Lager, der Arbeitgeberseite und der Richterschaft als Autoren zu gewinnen, um so immer auch die Perspektive aus verschiedenen Blickwinkeln wahren zu können.

Diese Besonderheit und der konsequent praxisorientierte Ansatz sollen dieses Werk von vergleichbaren Titeln abheben. Wir hoffen, dass der Leser diese Einschätzung teilen wird und sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Stuttgart/Würzburg, Juni 2010

Die Herausgeber

Bernd Spengler Dr. Frank Hahn Gerhard Pfeiffer

# Inhaltsübersicht

Vorwort zur 2. Auflage	5
Vorwort der 1. Auflage	6
Inhaltsverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	21
Literaturverzeichnis	23
§ 1 Allgemeiner Teil	29
§ 2 Anrufung der Einigungsstelle	35
§ 3 Einvernehmliche Bildung der Einigungsstelle	57
§ 4 Bestellung durch das Arbeitsgericht	60
§ 5 Das Verfahren vor der Einigungsstelle	103
§ 6 Säumnisverfahren	231
§ 7 Die Beendigung des Einigungsstellenverfahrens	234
§ 8 Haftung	248
§ 9 Überprüfung des Spruchs der Einigungsstelle durch die Gerichte für Arbeitssachen	250
Spengler/Herbert  § 10 Die Kosten des Verfahrens vor der Einigungsstelle	264

# https://www.nomos-shop.de/28989

# Inhaltsübersicht

§ 11	Gerichtliche Geltendmachung von Beteiligtenkosten aus dem Einigungsstellenverfahren	275
	Spengler/Herbert	
§ 12	Mustervereinbarungen	278
	- Schulungs- und Bildungsveranstaltungen ( <i>Tischer/Hahn</i> )	278
	- Freistellungen ( <i>Tischer/Hahn</i> )	282
	- Sprechstunden ( <i>Tischer/Hahn</i> )	286
	– Gesamtgröße Betriebsräte ( <i>Pfeiffer</i> )	288
	- Beschwerdeverfahren ( <i>Pfeiffer</i> )	290
	- Mitbestimmungsrechte (Spengler/Herbert)	293
	- Menschengerechte mitbestimmte Gestaltung der Arbeit (Pfeiffer)	355
	– Personalfragebogen ( <i>Pfeiffer</i> )	358
	- Grundsätze der Leistungsbeurteilung (Pfeiffer)	364
	- Auswahlrichtlinien (Sitzenfrei)	367
	– Betriebliche Berufsbildung ( <i>Pfeiffer</i> )	380
	- Vereinbarung über Zustimmung bei Kündigungen (Pfeiffer)	383
	- Auskunft über wirtschaftliche Angelegenheiten (Sitzenfrei)	385
	- Interessenausgleich und Sozialplan (Sitzenfrei)	389
	– Seebetriebsrat ( <i>Pfeiffer</i> )	425
C4: -1	avvo utvo utro i ola mio	420

Vor	wort z	ur 2. Auflage	5
Vor	wort d	ler 1. Auflage	6
Inha	altsübe	ersicht	7
Abk	ürzun	gsverzeichnis	21
Lite	raturv	erzeichnis	23
§ 1	Allge	emeiner Teil	29
	1.	Bedeutung und Sinn und Zweck der Einigungsstelle	29
	2.	Gesetzliche Grundlage und Rechtsnatur der Einigungsstelle	29
		a) Gesetzliche Regelungen	29
		b) Einordnung der Einigungsstelle	30
		c) Die Einigungsstelle vor dem Hintergrund der	
		Art. 12, 14, 9 Abs. 3, 20 GG	30
		aa) Prüfungsmaßstab	30
		bb) Weitere verfassungsrechtliche Normen	31
		d) Grundrechtliche Aspekte des Einigungsstellenverfahrens	32
		aa) Richtigkeit durch Verfahren	32
		bb) Verfahrensgrundrechte im Einigungsstellenverfahren	33
		cc) Verfahren als Abwägungsergebnis	33
	3.	Arten der Einigungsstelle	33
	4.	Tatsächliche Bedeutung der Einigungsstelle	34
§ 2	Anru	ıfung der Einigungsstelle	35
	1.	Ausgangssituation: Betrieblicher Konflikt	35
		a) Taktische Überlegungen auf der Arbeitgeberseite	35
		b) Taktische Überlegungen auf Betriebsratsseite	36
	2.	Voraussetzungen der Anrufung	38
		a) Scheitern der Verhandlungen	38
		b) Antragserfordernis	39
		c) Antragsberechtigung	39
		d) Frist	39
		e) Form	40
		f) Verfahrensgegenstand	43
		aa) Regelungsgegenstand	43
		bb) Person des Vorsitzenden	44
		(1) Neutralität	44
		(2) Fachkunde	46
		(3) Mediationskompetenz	47
		(4) Rechtsstellung	48

		cc) Beisitzer	49
		(1) Anzahl der Beisitzer	49
		(2) Person der Beisitzer	51
		(3) Rechtsstellung	53
		dd) Verfahrensbevollmächtigte	55
C 2	Finy	ernehmliche Bildung der Einigungsstelle	57
§ 3	Lilly		
	1.	Regelungsbereich	57
	2.	Person des Vorsitzenden	57
	3.	Beisitzer	57
	4.	Bindungswirkung der einvernehmlichen Einigung	57
		a) Anfechtung	58
		b) Kündigung	58
		c) Aufhebungsvereinbarung	58
C 1	Rosts	Illuma durah das Arbaitsassisht	60
§ 4	Deste	ellung durch das Arbeitsgericht	
	1.	Einleitung	60
	2.	Verfahren erster Instanz	61
		a) Anwendungsbereich	61
		aa) Einigungsstelle nach dem BetrVG	61
		bb) Einigungsstellen außerhalb des BetrVG	62
		(1) Tarifliche Schlichtungsstelle	62
		(2) Einigungsstelle nach den Personalvertretungsgesetzen	62
		(3) Stationierungsstreitkräfte und Einigungsstelle	62
		b) Zulässigkeit des Antrags	62
		aa) Antrag	62
		(1) Inhalt	63
		(2) Form	64
		(3) Frist	64
		(4) Begründung	64
		bb) Antragsbefugnis	65
		cc) Örtliche Zuständigkeit	67
		dd) Rechtsschutzinteresse	67
		ee) Antragshäufung und Widerantrag	69
		c) Verfahren	72
		aa) Alleinentscheidungsbefugnis des Kammervorsitzenden	73
		bb) Untersuchungsgrundsatz	73
		cc) Mündlichkeitsgrundsatz	73
		dd) Beteiligte	74
		ee) Einlassungs- und Ladungsfristen	74
		ff) Einstweilige Verfügung	74
		gg) Zwangsvollstreckung	75
		d) Verfahrensbeendigung	75
		aa) Verfahrensbeendigung durch die Beteiligten	7.5

		bb) Beschlussentscheidung	75
		(1) Zurückweisung als unzulässig	75
		(2) Zurückweisung als unbegründet	76
		(a) Erzwingbares Einigungsstellenverfahren	76
		(aa) Offensichtliche Unzuständigkeit	76
		(bb) Vorfragen und Offensichtlichkeit	79
		(b) Freiwilliges Einigungsstellenverfahren	80
		(c) Vorabentscheidungsverfahren	80
		(3) Stattgebender Beschluss	81
		(a) Bestellung des Vorsitzenden	81
		(aa) Bestellungsvoraussetzungen	81
		(bb) Richter als Vorsitzende	82
		(aaa) Spruchbefassung	82
		(bbb)Nebentätigkeitsgenehmigung	84
		(cc) Prüfungsmaßstab	85
		(dd) Antrag und Bindung	86
		(ee) Annahme des Amtes	87
		(b) Anzahl der Beisitzer	89
		e) Beschluss	91
		f) Beschlusszustellung	91
		g) Rechtsfolgen des Beschlusses	91
	3.	Verfahren zweiter Instanz	92
		a) Rechtsmittel	92
		b) Zulässigkeit	92
		aa) Beschwerdebefugnis	92
		bb) Beschwer	92
		cc) Beteiligte	93
		dd) Fristen	93
		c) Verfahrensgesichtspunkte	95
		aa) Prüfungsmaßstab	95
		bb) Alleinentscheidungsbefugnis	95
		cc) Nachträgliche objektive Antragshäufung und	
		Widerantrag	96
		d) Entscheidung	96
		e) Rechtsmittelausschluss	97
	4.	Gerichtskosten und Gegenstandswert	97
	5.	Befangenheit der Mitglieder der Einigungsstelle	97
		a) Einleitung	97
		b) Besorgnis der Befangenheit von Beisitzern	98
		c) Besorgnis der Befangenheit des Vorsitzenden	98
§ 5	Das '	Verfahren vor der Einigungsstelle	103
	1.	Explizite Vorgaben für das Verfahrensrecht	103
	1.	a) Verfahrensrecht nach § 76 BetrVG	103
		a, retrainensieent nach y / o ben vo	103

	aa) Unverzügliches Tätigwerden
	bb) Mündlichkeitsgrundsatz
	(1) Mündliche Beratung in der Einigungsstelle
	(2) Mündliche Verhandlung vor der Einigungsstelle
	cc) Mehrheitsgrundsatz und Abstimmungsmodus
	dd) Formvorschriften für den Einigungsstellenspruch
	(1) Schriftform
	(2) Unterzeichnung des Einigungsstellenspruchs
	(3) Zustellung an die Betriebsparteien
	(4) Begründung
	(5) Weitere Formerfordernisse
	b) Ergänzende Regeln durch Betriebsvereinbarung
	c) Regelungen in Tarifverträgen
	aa) Schlichtungs- statt Einigungsstelle, § 76 Abs. 8 BetrVG
	bb) Regelung von Verfahrensfragen durch Tarifvertrag
	d) Bestimmung des Verfahrens durch die Einigungsstelle
2.	Weitere Verfahrensgrundsätze
۷.	a) Grundsatz des rechtlichen Gehörs
	b) Unmittelbarkeitsgrundsatz
	c) Grundsatz der Beteiligtenöffentlichkeit
	d) Beibringungsgrundsatz/Untersuchungsgrundsatz
	e) Unparteilichkeit
	f) Vollständige eigene Entscheidung der Einigungsstelle
	g) Vertrauensvolle Zusammenarbeit
	h) Anwendbarkeit der Vorschriften anderer
	Verfahrensordnungen
	aa) Schiedsverfahren der ZPO
	bb) Beschluss- und Schiedsverfahren gem. §§ 80 ff ArbGG
	cc) Güteverhandlung
	dd) Umgang mit Regelungen anderer Verfahrensordnungen
	i) Weitere verfassungsrechtliche Vorgaben
3.	Methodische Fragen
	a) Zielkonflikt Einigungsstellenverfahren
	b) Methodik bei gesetzlich ungeregelten Rechtsgebieten
	aa) Elemente des Systems
	bb) Methode der Entscheidungsfindung
	c) Umgang mit BAG-Entscheidungen
4.	Verfahren bis zur mündlichen Verhandlung
	a) Zuständigkeit für Verfahrensregelungen
	b) Prüfung des Antrags
	aa) Antragsberechtigung
	bb) Zeitliche Vorgaben für die Antragstellung
	cc) Inhaltliche Anforderungen an den Antrag
	dd) Besonderheiten für das freiwillige
	Finigungsstellenverfahren

		Früher erster Termin oder schriftliches Verfahren
	d)	Ladung zur Sitzung
		aa) Ort und Zeit
		bb) Formale Anforderungen an die Ladung
	e)	Vorbereitende Ermittlungen
	f)	Ladung von Zeugen und Sachverständigen
	g)	Vorbereitung der Beisitzer und Betriebsparteien
		aa) Entscheidung grundsätzlicher Fragen
		bb) Ermittlung der Bedürfnisse und Ziele
		cc) Strategie
		(1) Sammeln von Argumenten und Informationen
		(2) Suche nach möglichen Kompromissen
		dd) Planung des Verhandlungsverlaufs
	h)	Erweiterung des Antrags
	i)	Abbruch des Einigungsstellenverfahrens
	j)	Rücknahme des Antrags
5.	De	er Ablauf der mündlichen Verhandlung
		Prüfung der Formalien
	,	aa) Feststellung der Anwesenheit der
		Einigungsstellenmitglieder
		bb) Feststellung der Beschlussfähigkeit
		cc) Feststellung der Verfahrensvertretung
		(1) Externe Verfahrensbevollmächtigte
		(2) Verfahrensvertretung durch Beisitzer
		dd) Teilnahme weiterer Personen
	b)	Protokollführung
	c)	Prüfung der Zuständigkeit der Einigungsstelle
	٠,	aa) Sachliche Zuständigkeit der Einigungsstelle
		bb) Taktisches Vorgehen bei umstrittener Zuständigkeit
		cc) Bejahung der Zuständigkeit
		dd) Verneinung der Zuständigkeit
	<u>d</u> )	Verhandlungsphase
	α,	aa) Festlegung eines Zeitrahmens
		bb) Vertagungen und Unterbrechungen
		cc) Rechtsnatur von Stellungnahmen
		dd) Einvernehmliche Einigung
		ee) Beweisaufnahme
		(1) Zeugenvernehmung
		(2) Sachverständige
		(3) Beteiligtenvernehmung und Anhörung der Beteiligten
		(4) Augenschein(5) Urkunden und Auskünfte
	۵۱	• •
	e)	8
		aa) Ablehnung wegen Befangenheit
		(1) ADJUMINING GES VOISILZENGEN

		(aa) Möglichkeit einer Ablehnung
		(bb) Verfahren vor der Einigungsstelle
		(2) Analoge Anwendung der Normen der ZPO
		(3) Antragsberechtigung
		(4) Frist und Form des Antrags
		(5) Ablehnungsgründe
		(6) Entscheidung über den Antrag
		(aa) Missbräuchliche Befangenheitsanträge
		(bb) Verfahren vor dem Arbeitsgericht
		(cc) Schicksal des Einigungsstellenverfahrens während
		des Beschlussverfahrens
		(7) Ablehnung eines Beisitzers
		bb) Wechsel der Einigungsstellenmitglieder aus anderen
		Gründen
		(1) Vorsitzender
	Ć.	(2) Beisitzer
	f)	Zwischenbeschlüsse der Einigungsstelle
		aa) Voraussetzungen und Anforderungen
		bb) Isolierte Anfechtbarkeit
		(1) Zuständigkeit
		(2) Beweisbeschlüsse
6.		onfliktlösungsstrategien
	a)	Psychologisches über Konflikte
		aa) Konfliktmechanismen
		bb) Neun Eskalationsstufen von Konflikten
		(1) Merkmale der Stufen
	1 \	(2) Entwicklung des Konflikts
	b)	Das Harvard-Konzept
		aa) Prinzipien des Harvard-Konzepts
	,	bb) Kommunikation in der Verhandlung
	,	Salewskis Modell
		"Rationales Verhandlungsmodell" (Haft)
		Verhandlungsleitung
	f)	Konfliktlösung in Anlehnung an die Mediation
		aa) Verhandlungsraum
		bb) Phasen der Mediation
		(1) Vorbereitung
		(2) Sachverhaltsdarstellung
		(3) Interessenerforschung
		(4) Optionen/Lösungen
		(5) Wahl der "besten Alternative"
		(6) Abschluss
		cc) Einordnung des Konflikts
		(1) Soziale Arena
		(4) REICHWEITE UES ROHHIKIS

		(3) Austragungsform
	g)	Kommunikationstechniken
	0,	aa) Aktives Zuhören
		bb) Spiegeln
		cc) Zusammenfassen
		dd) Reframing
		ee) Zukunftsorientieren
		ff) Partialisieren
		gg) Fragen
		hh) Pendeldiplomatie
		ii) "Marathonsitzungen"
		ij) Blockade durch eine Partei
7.	Fr	ntscheidungsfindung
/ •		Anforderungen an Beschlussvorschläge
	aj	aa) Vollständige Entscheidung der Streitigkeit
		bb) Bindung der Einigungsstelle an die gestellten Anträge
		cc) Beschränkung auf den mitbestimmungspflichtigen
		Bereich
		dd) Berücksichtigung von Vorschlägen der Betriebsparteien
		ee) Bestimmtheit des Spruches
		ff) Angemessene Berücksichtigung der Belange des Betriebes
		und der Arbeitnehmer
		(1) Bindung an höherrangiges Recht
		(2) Gesetzliche Vorgaben
		(3) Einschränkung der Mitbestimmungsrechte?
		(4) Typische Belange der Betriebsparteien
		(5) Entscheidungsspielraum der Einigungsstelle
		(6) "Billigkeit"
		(7) Konkretisierung der Angemessenheit und des billigen
		Ermessens
		(8) Ermessen iSv § 76 Abs. 5 Satz 3 BetrVG
		(9) Zusammenfassung: Umgang mit "Billigkeit" und
		"Ermessen"
	L۱	gg) Beteiligung des Sprecherausschusses
	D)	Abstimmung
		aa) Einstufige Abstimmung
		bb) Zweistufige Abstimmung
		cc) Stimmenmehrheit
		dd) Offene/Geheime Abstimmung
		ee) Reihenfolge
	١.	ff) Gesamtkomplex
		Begründung
0		Einvernehmlicher Spruch
8.		esonderheiten beim freiwilligen Einigungsstellenverfahren
9.	Ei	lverfahren im Zusammenhang mit der Einigungsstelle

		a) Eilfälle der zwingenden Mitbestimmung	224
		b) Vorläufige Regelungen durch die Einigungsstelle	225
		c) Eilentscheidungsbedarf vor Bildung der Einigungsstelle	226
		aa) Einrichtung der Einigungsstelle durch einstweilige	
		Verfügung	227
		bb) Vorgezogener Beginn des Einigungsstellenverfahrens	227
		cc) Einstweilige Verfügungen während des	
		Einigungsstellenverfahrens	227
		dd) Alleinentscheidungsrecht des Arbeitgebers	229
		d) Umgang mit eilbedürftigen Situationen	229
66	C:	aniovantahaan	221
§ 6	Saun	nnisverfahren	231
	1.	Geltungsbereich	231
	2.	Rechtzeitige Ladung	231
		a) Form	231
		b) Inhalt	232
		c) Frist	232
	3.	Persönliche Verhinderung	233
	4.	Verfahren der Säumnisentscheidung	233
	5.	Beschwerde gegen Bestellungsbeschluss und Konstituierung der	
		Einigungsstelle	233
§ 7	Die I	Beendigung des Einigungsstellenverfahrens	234
	1.	Einleitung	234
	2.	Antragsrücknahme	234
		a) Dispositionsgrundsatz	234
		b) Einseitiges Antragsrecht	235
		aa) Dispositionsbefugnis	235
		bb) Inhalt der Rücknahmeerklärung	235
		cc) Form der Rücknahmeerklärung	236
		dd) Adressat der Rücknahmeerklärung	236
		ee) Wirkung der Rücknahme	236
		c) Beidseitiges Antragsrecht	236
		aa) Erzwingbares Einigungsstellenverfahren	236
		bb) Freiwilliges Einigungsstellenverfahren	237
	3.	Die einvernehmliche Regelung	238
	٥.	a) Rechtsnatur	238
		aa) Betriebsvereinbarung	238
		bb) Regelungsabrede	238
		b) Formbedürftigkeit	239
		c) Abschlusskompetenz	239
		d) Durchführungspflicht	240
	4.	Der Spruch	241
	٦.	a) Anywandungaharaiah	2/11

		aa) Einvernehmlicher Spruch	24
		bb) Vorläufiger Spruch	242
		b) Rechtsnatur des Spruchs	24.
		aa) Betriebsvereinbarung	24.
		bb) Regelungsabrede	24
		c) Rechtswirkungen des Spruchs	24
		aa) Erzwingbares Einigungsstellenverfahren	24
		bb) Freiwilliges Einigungsstellenverfahren	24
		d) Schriftform	24.
		e) Schriftliche Begründung und Rechtsmittelbelehrung	24.
		f) Zuleitung des Spruchs	24
		g) Durchsetzung des Spruchs	24
		aa) Durchführungspflicht	24
		bb) Fehlende Titelwirkung und gerichtliches Vorgehen	24
8 8	Haft	ung	24
	1.	Vorsitzender	24
	2.	Beisitzer	24
	3.	Haftungsfreistellungsabreden	24
	٥.	Turtungon oscenangsaoreach	
§ 9		prüfung des Spruchs der Einigungsstelle durch die Gerichte für itssachen	25
	1.	1 8	25
		a) Verfahrensrechtliche Voraussetzungen	25
		aa) Allgemeines	25
		bb) Antragsberechtigung	25
		cc) Beteiligte	25
		dd) Antragsfrist	25
		ee) Antrag	25.
		ff) Aufschiebende Wirkung	25.
		gg) Einstweilige Verfügung	25
		b) Inhaltliche Überprüfung	25
		aa) Rechtsfrage	25.
		(1) Vorrang zwingenden Rechts	25.
		(2) Allgemeine Verfahrensvorschriften	25
		(3) Zuständigkeit	25
		(4) Beurteilungsspielraum	25
		bb) Regelungsfragen	25
		(1) Ermessenspielraum der Einigungsstelle	25
		(2) Ermessensfehler	26
		(3) Umfang der gerichtlichen Überprüfung des	
		Einigungsstellenspruchs	26
		cc) (Teil-)Unwirksamkeit	26
	2	Überneiifung ingident im Heteileverfahren	20

§ 10 Die K	Kosten des Verfahrens vor der Einigungsstelle	264
1.	Rechtsgrundlagen	264
	a) Grundsätze	264
	b) Fehlen einer Rechtsverordnung	264
	c) Honorarregelungen in Tarifverträgen und	
	Betriebsvereinbarungen	265
2.	Honorar des Einigungsstellenvorsitzenden	265
	a) Vergütung	265
	b) Verdienstausfall	267
	c) Aufwendungsersatz	267
3.	Honorar der Beisitzer	268
	a) Betriebsangehörige Beisitzer	268
	b) Betriebsfremde Beisitzer	268
	c) Sonderfall: Rechtsanwalt als Beisitzer	271
	d) Rechtsanwalt als Verfahrensbevollmächtigter	272
	e) Aufwendungsersatz	273
4.	Sachkosten	273
	a) Sachaufwand	274
	b) Beweismittelkosten	274
-	chtliche Geltendmachung von Beteiligtenkosten aus dem gungsstellenverfahren	275
1.	Zuständigkeit der Gerichte für Arbeitssachen	275
2.	Verfahrensart	275
	a) Kosten des Vorsitzenden und der betriebsfremden Beisitzer	275
	b) Kosten der betriebsangehörigen Beisitzer	276
	c) Kosten eines Verfahrensbevollmächtigten	276
3.	Antragsbefugnis	277
§ 12 Must	ervereinbarungen	278
1.	§ 37 Abs. 6 und 7 BetrVG: Schulungs- und	
	Bildungsveranstaltungen	278
	a) § 37 Abs. 6 BetrVG	278
	b) § 37 Abs. 7 BetrVG	278
	c) Zuständigkeit der Einigungsstelle	279
	d) Folgen der Anrufung der Einigungsstelle	280
	e) Entscheidung der Einigungsstelle	281
2.	§ 38 BetrVG: Freistellungen	282
	a) Beratung der Betriebsparteien	282
	b) Unterrichtung und Freistellung	283
	c) Anrufung der Einigungsstelle	283
	d) Zuständigkeit der Einigungsstelle	284
	e) Entscheidungsmaßstab	284

,	Entscheidung der Einigungsstelle
a)	39 Abs. 1 Satz 3, 69 Satz 3 BetrVG: Sprechstunden
	§ 39 BetrVG
	§ 69 BetrVG
	47 Abs. 6 Satz 1, 55 Abs. 4 Satz 2, 72 Abs. 6 Satz 1, 73 a Abs. 4
	trVG: Gesamtgröße des Gesamtbetriebsrates, des
K	onzernbetriebsrates sowie der Gesamt- und Konzern-Jugend-
un	d Auszubildendenvertretung
\$ 9	85, 86 BetrVG: Beschwerdeverfahren
	87 BetrVG: Mitbestimmungsrechte
a)	Ordnung und Verhalten im Betrieb
	aa) Alkoholverbot
	bb) Betriebsbußen
	cc) Kleiderordnung
	dd) Taschenkontrollen
	ee) Mobbing- und Diskriminierungsschutz
	ff) Parkplatznutzungsordnung
b)	Arbeitszeit und Pausen
	aa) Dienstplangestaltung (Beispiel Rettungsdienst)
	bb) Kern-/Gleitzeit
	cc) Rufbereitschaft
c)	Verkürzung und Verlängerung der betriebsüblichen
	Arbeitszeit
	aa) Kurzarbeit
	bb) Überstunden
d)	Auszahlung der Arbeitsentgelte
,	aa) Auszahlungsmodalitäten
	bb) Verschiebung des Auszahlungszeitpunktes
e) f)	Urlaubsgrundsätze
	aa) Urlaubsgrundsätze
	bb) Betriebsurlaub
	Technische Überwachungseinrichtungen
,	aa) Private Internetnutzung
	bb) Zutrittskontrolle
	cc) Telefonnutzung
	dd) Videoüberwachung (Beispiel Einzelhandel)
g)	
8/	aa) Betriebsarzt
	bb) Bildschirmarbeitsplätze
h)	Sozialeinrichtungen
	aa) Betriebskindergarten
	bb) Betriebskantine
i)	Werksmietwohnungen
j)	Betriebliche Lohngestaltung – Leistungsorientierte Vergütung,
J/	Basis: Zielvereinbarung
	Dagig. LicitcitiiDat uiig

	k) Leistungsbezogene Entgelte – Pramienzahlung
	l) Betriebliches Vorschlagswesen
	m) Gruppenarbeit – Einführung
7.	§ 91 BetrVG: Menschengerechte mitbestimmte Gestaltung der
	Arbeit
8.	§ 94 Abs. 1 und Abs. 2 BetrVG: Personalfragebogen
9.	§ 94 Abs. 2 BetrVG: Grundsätze der Leistungsbeurteilung
10	0. § 95 Auswahlrichtlinien
	a) Allgemeines
	b) Betriebsgröße
	c) Zuständigkeit
	d) Regelungsgegenstände
	aa) Einstellung
	bb) Versetzung und Umgruppierung
	cc) Kündigungen
	dd) Verfahrensfragen
	ee) Regelungsbefugnis der Einigungsstelle
	ff) Rechtsfolgen bei einem Verstoß gegen das
	Mitbestimmungsrecht
1.	1. §§ 97, 98 BetrVG: Betriebliche Berufsbildung
	2. § 102 Abs. 6 BetrVG: Vereinbarung über Zustimmung bei
	Kündigungen
13	3. § 109 BetrVG: Auskunft über wirtschaftliche Angelegenheiten
	a) Gegenstand des Einigungsstellenverfahrens
	b) Auskunftsverlangen und Informationserteilung
	c) Zuständigkeit für die Anrufung der Einigungsstelle
	d) Weitere Voraussetzungen der Anrufung der Einigungsstelle
14	4. § 112 Abs. 2, 4, 5 BetrVG: Interessenausgleich und Sozialplan
-	a) Einleitung
	aa) Betriebsänderung
	bb) Verfahren vor Anrufung der Einigungsstelle
	b) Zuständigkeitsprüfung der Einigungsstelle
	c) Verfahren in der Einigungsstelle
	d) Spruch der Einigungsstelle
1 1	5. § 116 Abs. 3 Nrn. 2, 4 und 8 BetrVG: Seebetriebsrat
1,	a) Die Beschäftigung nicht freigestellter Seebetriebsratsmitglieder,
	§ 116 Abs. 3 Nr. 2 BetrVG
	b) Der Unterkunftsanspruch des Seebetriebsratsmitglieds,
	§ 116 Abs. 3 Nr. 4 BetrVG
	c) Sprechstunden und Bordversammlungen in ausländischen
	Liegehäfen des Schiffes, § 116 Abs. 3 Nr. 8 BetrVG
Stichwor	tverzeichnis